

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847

64 (11.8.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 30. Dezember 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 kr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Die Rundschau.

N^o 64.

Karlsruhe, Mittwoch den 11. August

1847.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 kr. für den Raum der dreispaltigen Petitzeile berechnet.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Zweiter Plaz.

Nicht weniger als drei Lieferungen sind (bis heute, den 8. August) der ersten nachgefolgt, über welche wir in der vorigen Nummer berichtet haben; Fortsetzung auf Fortsetzung folgt im Morgenblatt über „die bevorstehenden Ergänzungswahlen zur zweiten Kammer“, nur am Samstag den 7. August gönnte sich Hofrath Plaz einen Ruhetag nach alttestamentlichem Brauche, und noch immer ist er mit Nummer Eins, mit der deutschen Zeitung, nicht fertig. Hilf Himmel, wo soll das hinaus? Es ist ein hartes Loos, eine peinliche Aufgabe, das Zeug zu lesen; allein wir haben versprochen und müssen unser Wort halten, den Lesern die Paar Gedanken mitzutheilen, die wir aus der Sündfluth des hofrathlichen Gefasels herausfinden. Leider ist wenig Neues, noch weniger Interessantes, am wenigsten Wahres an Allem, was er zu Tage fördert. Wer ihn einmal gelesen, der kennt Alles, was er zu erzeugen vermag; wer sich einmal an seinen Sprüngen und Wendungen ergötzt, der hat genug daran. Indessen dürfen wir uns die Mühe nicht verdrießen lassen, in gedrängter Kürze den Kreuz- und Querzügen der lustigen Person der sogenannten conservativen Partei zu folgen.

In seiner ersten Fortsetzung ärgert sich Hr. Plaz, daß die deutsche Zeitung sich nicht dazu hergibt, Spaltung in die Reihen der Opposition tragen zu helfen; daß sie alle Bürger, welchen es Ernst ist, von ihren verfassungsmäßigen Rechten einen guten Gebrauch zu machen, zur Einigkeit ermahnt; daß sie nicht wegen verschiedener Meinungen in einzelnen Fällen diejenigen anfeindet, die im Großen und Ganzen für die Volkssache einig gehen. Nachdem Hr. Plaz hierüber in possitlicher Weise geifert, stößt ihm die Wahrnehmung auf, daß es die Rundschau gerade wie die deutsche Zeitung gemacht hat. Er kann überhaupt von der deutschen Zeitung, seiner Nummer Eins, keine drei Worte reden, ohne wieder auf die Rundschau zu kommen, so daß sich gar nicht absehen läßt, was ihm für diese noch übrig bleiben wird, wenn er einmal an sie kommt als Nummer zwei, drei oder vier, vorausgesetzt, daß er jemals so weit komme. Er schmeichelt uns mit der Anerkennung, wir hätten zur Einigkeit hingelenkt, sobald die Reaction gegen den von der Opposition geübten Meinungsdespotismus eintrat. Allein wir müssen diese schmeichelhafte Anerkennung ablehnen. Wir haben zu allen Zeiten erkannt und erklärt, daß Einigkeit noth thue, um die Rechte und Interessen des Volkes gegen die Sonderinteressen der politischen und kirchlichen Rückschrittspartei zu wahren und zu fördern; von dem Meinungsdespotismus dagegen haben wir nur als von einer Erfindung der Patrone des Hofraths Plaz Kenntnis erhalten. Wann

und wo hätten wir jemals verlangt, daß Andere unsere Ansicht theilen, wenn sie sich nicht von der Richtigkeit derselben überzeugt haben? Welche Mittel hätten wir auch, einer solchen Forderung Folge zu geben, wenn nicht die Macht der Wahrheit? Haben wir jemals Hrn. Plaz zugemuthet, das wieder zu werden, was er einst gewesen, und würden wir es nicht vielmehr für viel Unglück halten, wenn er seine gegenwärtige Rolle aufgeben wollte? Von dem Meinungsdespotismus hätte H. Plaz um so weniger sprechen sollen, als er selbst sagt, wir wollen alle Schattirungen der Opposition zusammenhalten, und selbst unter den Herausgebern der deutschen Zeitung gebe es offene Fragen, über welche Jeder seine Meinung frei halte! Mit demselben Athemzuge aber behauptet er wieder, die Opposition vertrete nur die äußerste Linke und er verwickelt sich in Widersprüche, die er nicht vermeiden kann, weil er überhaupt keine Grundsätze hat, sondern von leidenschaftlicher Erbitterung gegen Personen, besonders gegen diejenigen, welche seiner Censurmotion kein Lob gespendet haben, beherrscht wird.

Darum gesteht er denn auch, er sei ebenfalls ein Mann des Fortschritts, allein er passe nicht in die Gesellschaft der andern; es sei unrecht von der Opposition, daß sie behaupte, sie wolle allein den Fortschritt. Er, Hofrath Plaz, wolle ihn ebenfalls. Dies führt er in seiner Fortsetzung vom 6. d. M. weiter aus, wo ihm die Rundschau wieder viel zu schaffen macht, obgleich er immer noch an der deutschen Zeitung kaut. Dort behauptet er, die Conservativen hätten auch damals, als die Mehrheit nicht auf der Seite der Opposition war, für die Reform der Rechtspflege, für Oeffentlichkeit und Mündlichkeit u. s. w. gestimmt, ohne sie hätte weder die Gemeindeordnung, noch die Zehntablösung, noch der Anschluß an den Zollverein zu Stande kommen können; eine ministerielle Mehrheit, wenn sie wieder lehnte, würde auch Beschwerden aussprechen, wenn sie begründet wären, aber freilich keine Motionen bringen, wie man sie von der linken Seite habe hören müssen.

Wir wollen dem H. Plaz noch mehr zugeben. Wir wollen ihm einräumen, daß er nicht nur dem Fortschritt, sondern daß er auch dem Rückschritt und dem Stillstand huldigt, wie eben der Wind geht. Heutzutage will Alles fortschreiten, warum nicht auch H. Hofrath Plaz? Eben so wollen wir ihm zugeben, daß die ministerielle Seite für die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit u. s. w. stimmte, sobald die Gesegentwürfe von der Regierung vorgelegt waren. Es ist ja bekannt, daß die rechte Seite Alles thut, was das jeweilige Ministerium haben will; dies wird von uns nicht bestritten. Allein das Eine müssen wir, Angesichts der Geschichte unseres Verfassungslebens, festhalten, daß wohlthätige Reformen und zeitgemäße

Fortschritte niemals von einer conservativen Mehrheit verlangt und durchgeführt worden sind. Die zwanziger Jahre, wo die Kammer durchaus ministeriell war, haben dem Lande keine Früchte gebracht. Das Jahr 1831 erst mit seiner liberalen Mehrheit brachte die Gemeindeordnung, die Frohnd- und Zehntablösung, das leider bald preisgegebene Pressgesetz; die Gesetze über Vereine und Versammlungen kamen noch im Jahre 1833. In den späteren dreißiger Jahren, wo die rechte Seite in der großen Mehrheit war, kam — das Ministerium Blittersdorf, dagegen blieben die lang verheißenen Gesetze über Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung, öffentliches und mündliches Verfahren in den Registraturen begraben. Erst als die Kammer im Jahr 1841 sich ermannete und selbst einen offenen Bruch nicht scheute, um die in ihren Grundlagen bedrohte Verfassung zu schützen, und nachdem das Volk durch die allgemeinen Wahlen nach der Auflösung eine bürgerliche Mehrheit in die Kammer gesendet, da erst kamen 1843 jene Gesetze zur Vorlage und zu Stande.

So verhält sich die Sache und so wird sie sich auch in Zukunft verhalten. Eine Mehrheit à la Platz wird stets zum Krebsgang, eine Kammer von selbstständigen, unabhängigen Männern wird um so gewisser vorwärts führen, je entschiedener sie auftritt. Sie wird eben dadurch die Stütze einer guten Verwaltung sein, während jedes System, auch das verderblichste, sobald es am Ruder ist, den H. Hofrath Platz und seine Patrone für sich haben wird.

Hiermit ist auch das Nöthige über die dritte Fortsetzung des H. Hofrath Platz gesagt, welche das Morgenblatt, nachdem es einen Tag lang ausgelegt, am letzten Sonntag in die Welt schickte. Der gelehrte H. Hofrath meint darin, es werde aus seinen früheren Lieferungen klar sein, welche Majoritäten dem Lande Nutzen gebracht haben; es wird aber daraus nur die vergebliche Mühe klar, die er sich gibt, Nacht aus Tag und schwarz aus weiß zu machen.

Von seinen zärtlichen Ergießungen für den früheren Ministerialdirector, den er als den Märtyrer der grausamen Opposition hinstellt, so wie von seinen kriegerischen Anstrengungen gegen den Herausgeber der Rundschau, wollen wir nicht weiter reden. Unserm Hrn. Hofrath ist dies nicht übel zu nehmen, so wenig als sein Grimm über die Hindeutung der deutschen Zeitung auf Sparsamkeit im Staatshaushalte, wovon er nichts wissen will. Vereinfachung der Verwaltung, Minderung der Pensionslast, Vermeidung von unnötigem Luxus bei den Staatsbauten — was kümmert dies Herrn Platz? Er lebt als Künstler und gibt Vorstellungen im Morgenblatt.

Gar häufig kommt Herr Platz auf eine Stelle in dem Artikel der allgemeinen Zeitung über die badische Presse zurück, worin dem Herausgeber der Rundschau „zermalender Sarkasmus“ und „staatsmännischer Blick“ oder etwas Ähnliches zugeschrieben wurde. Ganz umsonst braucht Herr Platz diese Ausdrücke zur Verzierung seiner drolligen Wendungen. Wie lehnen sie als unverdient von uns ab. Herrn Platz gegenüber bedarf es wenigstens keines staatsmännischen Blickes, um seinen gelehrten Arbeiten auf den seichten Grund zu schauen, wo die verlegte Eitelkeit über der Leiche seiner Censurmotion wimmert. Der Sarkasmus aber wäre schwer zu vermeiden, wo ihm so reiche Nahrung geboten wird; das ganze Publikum wird sarkastisch, wenn es die Sprünge der lustigen Person im Puppenspiel bewundert.

Auf die Anfrage eines Mitgliedes der Pairskammer erklärte H. Guizot in der Sitzung vom 4. August, daß die französische Regierung niemals die Absicht gehabt habe, sich anders als mit wohlwollendem Rathe in die schweizerischen Angelegenheiten zu mischen; daß es ihr am wenigsten in den Sinn gekommen sei, eine Veränderung der bestehenden Bundesverfassung — deren Aufrechthaltung sie freilich im französischen wie im schweizerischen Interesse wünschen müsse, — mit gewaffneter Hand zu verhindern. — Eine ähnliche Erklärung soll der französische Gesandte in der Schweiz von seiner Regierung erhalten haben; selbst mit Notizen, heißt es, wolle sie in Zukunft sparsamer umgehen. Die Erklärung des Hrn. Guizot verbreitete sich auch über die Vorgänge in Italien und lautete durchaus reformfreundlich. Den Papst werde Frankreich aus allen Kräften unterstützen; allein die päpstliche Regierung hat ebenfalls mit einem Sonderbund zu kämpfen, der mit jenem in der Schweiz ganz nahe verwandt ist; das römische Volk hat die Umwälzungspäne dieses Sonderbundes vernichtet, und es würde, selbst wenn keine äußeren Hindernisse vorlägen, doch die französische Politik um den letzten Rest von Achtung bringen, wenn sie den Sonderbund in der Schweiz gegen einen gesetzlichen Beschluß der Bundesbehörde in Schutz nehmen, seinen Zwillingssbruder in Rom dagegen mit ihrem ganzen Einfluß bekämpfen wollte. Bis zur bewaffneten Einschreitung also wird Frankreich nicht gehen, Oesterreich ebenfalls nicht; die Diplomatie ist durch die Reformbewegungen in Italien beschäftigt; die Tagssatzung kann sonach ihren Auflösungsbeschluß gegen den Sonderbund mit den geeigneten Mitteln durchführen, ohne Besorgniß vor fremder Einmischung. Der erste Versuch wird dem Vernehmen nach durch Absendung eidgenössischer Boten gemacht werden, welche die obersten Behörden und die Landgemeinden in den Sonderbunds-kantonen auffordern sollen, dem Beschlusse der Tagssatzung Folge zu leisten. Die Regierung von Zug hat bereits erklärt, daß sie an einem bewaffneten Widerstand keinen Antheil nehmen werde, Uri und Schwyz sollen geneigt sein, dem Bündniß zu entsagen, aber nicht ihrer Bewaffnung; der stärkste Widerstand kommt von Seiten der Nachbarn in Luzern, welche mit dem Aufhören des Sonderbundes das Ende ihrer Schreckensherrschaft voraussehen.

Inzwischen hat die Regierung von Bern der Tagssatzung zwei Schreiben vorgelegt, worin sie derselben von den Rüstungen in den widerspenstigen Kantonen Nachricht gibt. Das erste zeigte an, daß Unterwalden auf dem Brünig, Uri auf dem Susten Verschanzungen angelegt, daß Officiere des Sonderbundes eine Zusammenkunft in Meiringen gehalten, daß Freiburg außerordentliche Rüstungen vornehme, und daß diese Anstalten zum Kriege unter der Berner Bevölkerung große Mißstimmung erzeugt haben. In dem zweiten Schreiben werden die früheren Mittheilungen bestätigt und neue hinzugefügt, besonders von Terrän-Recognoscirungen, welche an der Berner Grenze bei Hutwyl vorgenommen wurden. Zugleich meldete die Regierung von Tessin, daß 9 Wagen mit 140 Centnern Munition für den Sonderbund auf ihrem Gebiet angehalten worden, daß eine zweite Sendung erwartet werde; sie fragte an, ob nicht Maßregeln, und welche, gegen diese Sendungen zu ergreifen seien. Die Tagssatzung beschloß, eine Commission zu ernennen, um sich über diesen Gegenstand Bericht erstatten zu lassen. Die Sonderbunds-kantone nehmen an der Wahl keinen Theil, auch Neuenburg nicht, weil

es dem Beschlusse vom 20. Juli, zu dem es nicht gestimmt, auch keine Folge geben wolle; die Wahl fiel auf die Gesandten von Bern, Zürich, Solothurn, St. Gallen, Thurgau, Tessin und Waadt (Dachsenbein, Furrer, Munzinger, Näff, Kern, Luvini und Druey). In Folge Beschlusses der Tagsatzung hat sodann der Vorort Bern die in sonderbündischem Dienste stehenden eidgenössischen Officiere eingeladen, sich spätestens bis zum 10. August zu erklären, ob sie in dieser Stellung, welche gemäß dem Beschlusse der Tagsatzung mit den Pflichten des eidgenössischen Stabes unverträglich ist, zu bleiben gedenken, was der Vorort von denen annehmen werde, welche bis zum 10. August keine Antwort geben. — Nach der Luzerner Staatszeitung wird die Antwort dieser Officiere bündig und bestimmt ausfallen; dann wird eben so bündig der Strich aus der Liste der eidgenössischen Stabs-officiere erfolgen. Von Seiten bundesstreuer Officiere ist dagegen eine Eingabe an die Tagsatzung gelangt, mit der Bitte, die eidgenössischen Befestigungsarbeiten zu vollenden und die dazu nöthigen Kredite zu verlangen. So zeigen sich auf beiden Seiten die Vorbereitungen eines Zusammenstoßes, mit dem Unterschied, daß in den Jesuitenkantonen die Führer ängstlich bemüht sind, das Volk zu reizen und zu flacheln, von dem sie im Kampfe gegen die Eidgenossenschaft verlassen zu werden fürchten, während die große Mehrzahl der Schweizer die Regierungen zu spornen sucht, dem Beschlusse der Tagsatzung eine rasche und entscheidende Folge zu geben. Es ist nicht zu verkennen, daß nur durch kräftiges aber besonnenes Handeln das Ansehen und die Würde der Eidgenossenschaft behauptet, der Troß ihrer Gegner gebeugt werden kann.

Unter den übrigen Gegenständen, mit deren Berathung die Tagsatzung sich in der letzten Zeit beschäftigte, ist die Frage über den freien Verkehr mit Lebensmitteln unter den verschiedenen Kantonen von Bedeutung. Gewarnt durch die schlimmen Folgen der Absperrung bei früheren Theuerungen (im Jahr 1771 starben im Kanton Bern allein gegen 20,000 Menschen vor Hunger) ist der freie Verkehr in dem Bundesvertrag ausdrücklich bedungen und nach der Theuerung von 1817 durch Tagsatzungsbeschlüsse aufrecht erhalten worden. Dessenungeachtet haben verschiedene Kantone, und zwar von entgegengesetzter politischer Farbe, Beschränkungen eintreten lassen (Luzern, Freiburg, Waadt und Wallis). Insbesondere hatte Luzern zwei aargauischen Gemeinden den Bezug von Früchten abgeschnitten, während es sich angelegen sein ließ, die kleinen Kantone zu versorgen. Die Tagsatzung beschloß, die betreffenden Kantone einzuladen, ihre Verfügungen über den Verkehr mit Lebensmitteln mit dem Artikel 11 des Bundesvertrags und den Tagsatzungsbeschlüssen von 1818 und 1819 in Einklang zu bringen.

Wertheim, 10. Juli. (Bedürfnis besserer Postverbindung.) Früher waren hier für Briefe über Heidelberg nach dem Oberlande, der Schweiz, Frankreich u. s. w. zwei tägliche Kurse; einer Morgens 8 Uhr über Bischofsheim, der andere Abends 5 Uhr über Miltenberg nach Heidelberg. Der erste wurde aber seit 1. April aufgegeben, so daß Briefe nur noch einmal, des Abends über Miltenberg befördert werden. Dorthin gehen sie von hier aus mit dem Würzburg-Aischaffener Wagen und bleiben die Nacht liegen, bis sie Morgens 6 Uhr der Miltenberg-Heidelberger Wagen mitnimmt. Da

nun die auf dieser Route ankommenden Briefe Nachmittags 4 Uhr hier ausgegeben werden, so bleibt kaum Eine Stunde zur umgehenden Beantwortung; wird diese kurze Frist, was häufig vorkommen muß, um einige Minuten versäumt, so braucht der kurz nach Abgang der Post ausgegebene Brief sechsunddreißig Stunden, bevor er von der nahegelegenen Station Miltenberg weiter befördert wird. In Heidelberg trifft er nach halb zwölf Uhr ein, zu spät, um mit dem nächsten Zuge um 1 Uhr 15 Minuten weiter zu gehen; er ruht also auch dort wieder bis gegen 4 Uhr. Ähnliches Schicksal hat der Reisende, welcher von hier aus das badische Oberland besuchen will. Wir brauchen bei jetziger Posteinrichtung mit dem Gilwagen 25 Stunden um nach der Residenz zu gelangen, während die Reise bei besserer Einrichtung ohne Anstrengung in 12 bis 13 Stunden zurückgelegt werden könnte. Durch eine Uebereinkunft mit Bayern, welche keine Schwierigkeit haben würde, ließe sich der Kurs folgendermaßen einrichten: Statt des Würzburg-Aischaffener Wagens, der Passagiere und Briefe von Wertheim in Miltenberg absetzt, wo sie nach beinahe zwölfstündigem Aufenthalt der Heidelberger Wagen aufnimmt, würde ein Wagen direkt von Würzburg über Wertheim und Miltenberg nach Heidelberg gehen, mit welchem ein Wagen von Miltenberg nach Aischaffenburg in Verbindung träte, um von jenem in Miltenberg Briefe und Reisende nach Aischaffenburg und Frankfurt zu übernehmen, und von dorthier kommende demselben zuzuführen. Da wir in unserer Gegend keine Eisenbahn haben und schwerlich je eine bekommen werden, so dürften wir zur Entschädigung wohl eine zweckmäßige Posteinrichtung ansprechen. Die Postbehörde, deren Bemühungen für Beschleunigung und Erleichterung der Verbindungen im Lande gerechte Anerkennung finden, wird sich ein dankenswerthes Verdienst um unsere Stadt und Gegend erwerben, wenn sie dem bemerkten Uebelstande abhilft, was auf dem angedeuteten Wege die Kosten für die Gilwagen nicht vermehrt.

Marlen, 29. Juli. Daß die Errichtung von Vorständen der Handelsinnungen auch auf dem Lande hier und da als höchst nöthig und wohlthätig erscheint und dringend gewünscht wird, kann Vielen fast ungläublich vorkommen, ist aber dennoch richtig, wie folgendes Beispiel zeigt. In der hiesigen Gemeinde ist ein bedeutender Holzhamm, auf welchem jährlich 4 bis 6000 Klafter Holz kommen, das nach Straßburg verkauft und in Schiffen dahin verführt wird. — Das Aufsetzen besorgen vier verpflichtete Holzseher, wovon Einer, Joh. Berel das besondere Zutrauen der in- und ausländischen Holzhändler und der Gemeinde hat, an welche er das Plaggeld mit 6 fr. vom Klafter abliefern. Dieser Holzseher wurde von dem Oberamt Offenburg abgesetzt, weil er den übrigen Holzsehern nur 4 fr. Seherlohn zahlen will, während er 6 fr. vom Klafter bezieht. Hätte ein Sachverständiger zu entscheiden gehabt, so würde er folgendes erwogen haben: Der Mann ist jeden Tag auf dem Holzplage, auch wenn kein Holz zu setzen ist, wie oft Monate lang, während die Schiffe abführen. Käufer und Verkäufer bekommen von ihm einen Schein über das auf den Hamm gelieferte und von dem Hamm empfangene Holz, worauf abgerechnet wird; die Abfuhrscheine der Schiffer besorgt er unentgeltlich. Deshalb gebührt ihm die höhere Vergütung für größere Leistungen. Außerdem hat Berel die besten

Zeugnisse von in- und ausländischen Holzhändlern und von dem hiesigen Bürgerausschuß; seine Entlassung ist ein Verlust für den Handel, sie beruht auf Unkenntniß der Verhältnisse und verdient, in öffentlichen Blättern gerügt zu werden.

Verschiedenes.

— Es geschehen Zeichen und Wunder und die Dessenlichkeit findet Anbeter, von denen sie sich wohl nie träumen ließ. Kein Geringerer, als der Jesuitengeneral Rothaan hat den Weg der Journalistik betreten. Er schreibt dem Journal des Debats, die Grundsätze seines Ordens verbieten jede mittelbare oder unmittelbare Einmischung in die Staatsangelegenheiten, und er hoffe, daß er mit Gottes Gnade den Seinigen in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel gegeben habe. Wie sehr man ihn verkannt und verlästert hat, ist klar, da es, nach Vater Rothaan's Versicherung, weder in Bayern, noch in Münster und Dorsten Jesuiten gibt und der bekannte Vater Gopler nicht diesem Orden angehört. — Der General scheint im Fache der Dessenlichkeit noch ein Novize zu sein.

— Richard Cobden, den seine Verehrer in Berlin jubiliert haben, hat im Grunde sehr vernünftig gesprochen, und es wäre wohl der Mühe werth, seine Worte zu beherzigen. Er sagte ungefähr folgendes: „Er sei keineswegs gekommen, um bei anderen Völkern Propaganda zu machen, und das Beste werde sein, wenn jedes Volk seine Angelegenheiten nach seinen Bedürfnissen ordne.“ Dies ist die richtige Uebersetzung der englischen Freihandelstheorie.

— Die Nachrichten aus Sardinien lauten wieder besser. Der volksthümliche Minister, Graf Villamarina, ist nicht entlassen; die freisinnigen italienischen Blätter sind nicht verboten; die Regierung beschäftigt sich mit Ausarbeitung eines Preßgesetzes, einer Gemeindeordnung und einem auf Dessenlichkeit und Mündlichkeit gebauten Gerichtsverfahren. — Vor einigen Wochen hatten sich die Aussichten getrübt; auch jetzt ist man noch nicht ohne Besorgnisse wegen des Einflusses der Jesuiten und der fremden Mächte, die an dem bayerischen Gesandten (ehemal. Minister) v. Abel eine mächtige Stütze für den Rückschritt gewonnen haben.

— Die Truppenmärsche von Oestreich nach Italien sind, nach einem Berichte des Nürnberger Correspondenten, eingestellt worden.

— Die Eisenbahnstrecke von Zürich nach Baden (im Aargau), die erste in der Schweiz, wurde am 7. August eröffnet.

— Aus den Mittheilungen der Karlsruher Zeitung über die gesegnete Ernte und die früheren Anschaffungen von Getreide ersieht man unter Anderm, daß die Frage einer Speicheringung für die Theuerung berathen wird, so wie, daß in diesem Jahre Berichte erhoben worden sind, um das Ergebnis der Ernte zu ermitteln.

— Die Julifeste in Paris, welche diesmal auf 2 Tage (28. und 29.) beschränkt waren, sind mit größerem Glanze als in den letzten Jahren und ohne Störung gefeiert worden.

— Ueber dem Haupte des alten Marschall Soult zieht sich ein Gewitter zusammen, dem ähnlich, welches über die Herren Cubière und Teste ausgebrochen ist. Es handelt sich um Bergwerksconcessionen in Algerien.

— In Mexiko ist Santa Anna wieder Präsident, besetzt die Hauptstadt und treibt ein Zwangsanlehen zusammen, um den Krieg fortzusetzen. Die amerikanischen Generale Scott und Taylor müssen Verstärkungen abwarten und einzelne Abtheilungen ihrer Truppen schlagen sich mit den Guerillas.

— Obergerichtsrath Glaubrecht in Mainz hat als Anerkennung seiner Bestrebungen in der Kammer für Beseitigung des Judenpatents, von den Israeliten in Rheinhessen einen silbernen Pokal erhalten. In Bingen wurde am 25. Juli dem dortigen Abg. v. Steinherz ein Fest gegeben, welchem die Abg. von Gager, Wernher und Brunk, und viele Gäste aus Rheinpreußen und Nassau beiwohnten.

— Der wackere Präsident der letzten schleswigschen Ständeversammlung, Bessler, hat mit einer Zuschrift von mehr als 500 Dithmarschen ein prachtvolles Ehrengeschenk (einen silbernen Tafelbruchkorb mit kristallener Schale) erhalten. So antwortet das Volk den Verfolgungen der dänischen Regierung; es sollte aber noch mehr geschehen, denn die dänischen Verletzungen werden immer ärger.

— Im Jahr 1846 wurden auf den deutschen Eisenbahnen mehr als 16½ Millionen Menschen und nahe 32 Millionen Centner Frachtgüter befördert. Die Kasseinnahme betrug 23 Millionen Gulden.

— Die Wahlen in das neue Parlament fallen für die liberale Partei günstig aus. Unter den vier Mitgliedern, welche die Londoner Altstadt wählt, sind der Minister Russell und Rothschild. In Nottingham wurde an die Stelle des Ministers J. C. Hobhouse der Chartist Ferguson O'Connor gewählt.

— Die bayerische Regierung hat den Agenten des Washington Finlay in Mainz bedeutet, daß sie von den Auswanderern keine höheren Ueberfahrtspreise, als die bedingenen fordern dürfen, widrigenfalls ihnen die Agenturbefugnisse entzogen werden sollen. Zugleich wird auf die Vorzüge hingewiesen, welche die Ueberfahrt von Bremen, (neben der auch Hamburg genannt werden kann) den Auswanderern bietet.

— In Mainz ist die bisherige Einrichtung, wonach die Bäcker selbst die Brodpreise bestimmten, aufgehoben, und die amtliche Brodtaxe wieder eingeführt worden.

— Der Stadtrath von Stuttgart hat den Deutschkatholiken das Wahlrecht bei den Stadtrathswahlen entzogen. Die Stimmen waren gleich, der Schultheiß gab den ungerichten Ausschlag.

— Aus Hadersleben (Nord-Schleswig) ist die „allerunterthänigste Adresse an unsern allergnädigsten König Christian VIII.“ gegen die letzte deutschgesinnte Ständeversammlung mit 3920 Unterschriften nach Kopenhagen abgegangen. Deutschgesinnte Adressen werden unterdrückt.

— Unlängst starb in London Sir John Walter, der erste Eigenthümer der Times. Sein Blatt brachte einen Bericht über sein Leben und Wirken, worin unter Anderem bemerkt wird, daß er die von den Deutschen König und Bauer erfundene Dampfschnellpresse zuerst für den Zeitungsdruck angewendet habe. Wieder ein Beispiel von vielen: die Deutschen sind die Ersten im Erfinden, aber die Engländer im Anwenden.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbuchhandlung.